

Abolish GEAS – grenzenloser Widerstand gegen Europas Todespolitiken, Bfa! Juni 2026

Heute am 12. Juni 2026 tritt der neue EU-Pakt zu Asyl und Migration, kurz GEAS, in Kraft. Ein technokratischer Name für ein brutales Projekt. Was als «Reform» verkauft wird, ist in Wahrheit die weitere Militarisierung Europas gegen geflüchtete und migrierende Menschen. Und die Schweiz macht mit. Politisch, finanziell und ideologisch.

GEAS bedeutet beschleunigte Grenzverfahren in geschlossenen Lagern an den Aussengrenzen. Es sind Knäste, in denen Menschen eingesperrt werden, ohne faire Verfahren, ohne ausreichende Rechtsvertretung, ohne Sicherheit. GEAS bedeutet schnellere Ausschaffungen, mehr Überwachung und mehr biometrische Kontrolle. Der Ausbau der Datenbank Eurodac wirkt auf geflüchtete während der Flucht. Aber auch hier. Jetzt. Nach der Flucht. Denn: Die Grenzen zwischen Asylverfahren, Kontrollen und polizeilichen Zugriffen werden immer durchlässiger. Für die geflüchteten Menschen bedeutet es schlicht mehr Gewalt. Menschen werden aussortiert, verwaltet und verschwinden. Das Recht auf Asyl wird faktisch abgeschafft.

Seit Jahrzehnten sterben Menschen an den Grenzen Europas. Zehntausende wurden im Mittelmeer ertrinken gelassen, in Wüsten zurückgedrängt, in Lagern misshandelt oder von Grenzpolizeien erschossen. Wenn Politiker*innen von «Ordnung» und «Sicherheit» sprechen, meinen sie damit den Ausbau eines rassistischen Grenzregimes, das darüber entscheidet, welches Leben schützenswert ist – und welches geopfert werden darf.

Die Schweiz trägt diese Politik mit. Mit Frontex. Mit Abschottungsfonds. Mit Dublin. Mit biometrischer Überwachung. Mit Ausschaffungen. Die Schweizer Regierung spricht von Humanität und finanziert gleichzeitig ein System, das Menschen völlig entrechtet.

Die GEAS-Reform reiht sich ein in den weltweiten Vormarsch der Rechten. Denn die Grenze und die Kategorie des "Migranten" stehen im Zentrum des faschistischen Sturms. Überall steht die Staatsgrenze - hier um Europa - im Mittelpunkt rechter Projekte. GEAS spaltet noch heftiger zwischen Staatsbürger*innen und Migrant*in. Zwischen denen, die dazugehören sollen und denen, die hier nicht hingehören sollen. Die EU beweist ihre Herrschaft durch die Kontrolle der Grenzen. Der Migrant aber wird so zum Schuldigen, für die unerfüllten Versprechen innerhalb der EU.

Diese Politik ist nicht nur rassistisch, sie ist auch autoritär-faschistisch und patriarchal. Denn die Grenze ist nicht einfach ein Zaun. Sie ist die Fantasie von Kontrolle. Von Härte. Von Nationen. Von Männern in Uniformen, die «das Land verteidigen». Genau deshalb erleben wir weltweit die Rückkehr faschistischer Bewegungen und Männlichkeitsfantasien: bewaffnete Grenzschilder, Drohnen über dem Meer, ICE-Razzien in den USA, Pushbacks durch Frontex, militarisierte Polizeien, Mauern und Lager.

Diese Systeme versprechen Macht in einer Welt multipler Krisen. Sie bieten eine brutale Antwort auf soziale Unsicherheit: Nicht Solidarität, sondern Feindbilder. Nicht Fürsorge, sondern Kontrolle. Nicht Freiheit, sondern Überwachung.

Der Faschismus lebt nicht nur in Parteien oder Diktaturen. Er lebt in der Sehnsucht nach Ordnung durch Gewalt. In der Vorstellung, dass Probleme verschwinden, wenn man Grenzen schliesst und Menschen ausschliesst. In der Idee, dass Stärke männlich, bewaffnet und national sein müsse.

Der Kampf gegen GEAS ist queer-feministisch. Denn Grenzen kontrollieren nicht nur Territorien. Sie kontrollieren Bewegungen, Körper und Zugehörigkeit. Dieselben Systeme, die Grenzen militarisieren, greifen auch reproduktive Rechte an, hetzen gegen trans* Menschen, kriminalisieren Armut und verteidigen eine autoritäre Geschlechterordnung. Die Festung Europa ist nicht nur rassistisch – sie ist auch patriarchal. Deshalb gehen wir auch am Sonntag, am 14. Juni, am queer-feministischen Streik, auf die Strasse: Gegen die patriarchale Gewalt. Gegen Ausbeutung. Gegen die Kontrolle über Körper und Bewegungsfreiheit.

Während Milliarden in Grenztechnologien, Drohnen und Polizeiapparate fließen, fehlt Geld für Care-Arbeit, Gesundheitsversorgung, Schutzräume und soziale Sicherheit.

Und während die SVP mit ihrer rassistischen Hetzkampagne «Keine 10-Millionen-Schweiz»-Initiative versucht, Migrant:innen für jede gesellschaftliche, ökologische und ökonomische Krise verantwortlich zu machen, wissen wir: Die Probleme dieser Welt entstehen nicht durch Migration. Sie entstehen durch Kapitalismus, Kolonialismus, Patriarchat und die Politik der Abschottung.

Dagegen müssen wir uns wehren. Wir sagen: Keine Lager. Keine Ausschaffungen. Keine Frontex-Milliarden. Keine rassistische Hetze. Keine Festung Europa. Stattdessen kämpfen wir für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht für alle. Für eine Welt ohne Grenzen. Für Solidarität statt Imperialismus!